

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo © OeRK/Jimmy Sommin

Bei einem Solidaritätsbesuch auf der ökumenischen Pilgerreise der Gerechtigkeit und des Friedens (und der Schöpfungsbewahrung) in Indonesien wird eine OeRK-Delegation in West-Papua von Dorfbewohnern mit traditionellen Gesängen auf einem Boot begrüßt

Papst auf arabischer Halbinsel: Neues Kapitel im Dialog von Christen und Muslimen

Papst Franziskus bezeichnete seine Pilgerreise in die Vereinigten Arabischen Emirate als „eine neue Seite im Geschichtsbuch des Dialogs zwischen Christentum und Islam“ zur Förderung des Weltfriedens im Zeichen der menschlichen Brüderlichkeit.

Während seines Aufenthalts in Abu-Dhabi unterzeichneten Papst Franziskus und der Großimam Al Tayyeb von der al-Azhar-Moschee, führend für das Studium der sunnitischen Theologie, eine gemeinsame Erklärung. Darin werden religiös motivierte Gewalt und Gewalt in jeder Form verurteilt.

OeRK Generalsekretär Fykse Tveit äußerte sich positiv über das historische Treffen zwischen Papst Franziskus und dem Großimam sowie über die Teilnahme von mehr als 600 religiösen Leitungspersonlichkeiten.

„Der erste Besuch eines Papstes auf der Arabischen Halbinsel ist ein klares Hoffnungszeichen für uns alle“, sagte Tveit. „Es stärkt und fördert die gemeinsame Verpflichtung, trotz unserer zahlreichen Differenzen als Gemeinschaft der einen Menschheit zu handeln.“

Tveit bekannte auf der Konferenz für menschliche Bruderschaft vom 3.-4. Februar 2019, die vom Muslimischen Ältestenrat organisiert worden war: „Als Christinnen und Christen glauben wir, dass die Liebe Gottes, wie sie in Jesus Christus offenbart wurde, uns dazu bewegen kann, als eine Menschheitsfamilie zusammenzuleben.“

Diese Liebe zeige sich „in einem gemeinsamen Streben nach Gerechtigkeit und Frieden. Wir sind zusammen geschaffen worden und als Menschen des Glaubens sind wir zusammen aufgerufen, auf einander als Schwestern und Brüder Acht zu geben und einander zu beschützen.“

Im Emirate Palace erklärte der Papst während der Konferenz: „Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, dass Gott der Ursprung der einen Menschheitsfamilie ist. Er, der Schöpfer von allem und allen, will, dass wir als Brüder und Schwestern leben und das gemeinsame Haus der Schöpfung bewohnen, das er uns geschenkt hat.“

Zur Erinnerung an diesen historischen Besuch sollen in Abu-Dhabi eine neue Kirche und eine neue Moschee gebaut werden. Franziskus und Al Tayyeb signierten den Grundstein für die neuen Andachtsstätten.

AUS DEM INHALT

Pakistan:
Antigewalt-Erklärung

Klimawandel:
Jährliche Milliardenkosten

Pazifischer Inselstaat Vanuatu:
Schadensausgleichsfonds verlangt

Brasilien:
Krieg gegen Indigene

Indonesien:
Solidaritätsbesuch der Ökumene

Nachhaltige Ernährung:
Forscher fordern Planetendiät

Soziale Ungleichheit 2018:
Milliardäre reicher -
Halbe Weltbevölkerung ärmer

Aus Netzen und Bewegungen

Berlin:
Ökumenische Versammlung in der
DDR 1989 bleibt vorwärtsweisend

Bayern:
Kirche des gerechten Friedens
werden

Ökumenischer Ratschlag:
Planung für Dortmunder Kirchentag

**PLÄDOYER für eine ökumenische
Zukunft:**
Die globalen Nachhaltigkeitsziele -
jetzt!

Micha-Initiative:
Wertschöpfer

Pax Christi:
INF Vertrag neu verhandeln - und
alle Atomwaffen abschaffen

KirchenVolksBewegung:
Systemische Ursachen des
Mißbrauchs ansprechen

Karlsruhe September 2021: Vollversammlung OeRK

An der 11ten Vollversammlung des Weltkirchenrats im September 2021 in Karlsruhe werden 775 Delegierte teilnehmen. Das Leitmotto lautet „Die Liebe Christi bewegt die Welt zu Versöhnung und Einheit.“ „Das Thema ist in besonderer Weise geeignet, das Augenmerk auf die ökumenische Bewegung als eine Bewegung der Liebe zu richten, die Christus folgen will und Zeugnis der Liebe Christi ablegt – dies kommt zum Ausdruck in der Suche nach Gerechtigkeit und Frieden und der darauf beruhenden Einheit“, sagte OeRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit und fügte hinzu: „Die eine Menschenfamilie braucht Liebe und muss selbst Liebe geben, damit wir unsere Zukunft gemeinsam bewältigen können.“

Die Durchführung der Vollversammlung soll möglichst umweltfreundlich erfolgen, und bei den Arbeitsmaterialien soll der Schwerpunkt nicht mehr auf gedruckten Unterlagen liegen. Die Vollversammlung ist das oberste legislative Organ des OeRK und tritt alle acht Jahre zusammen. Die offizielle Aufgabe der Vollversammlung ist es, Programme zu überprüfen, die allgemeinen Arbeitsschwerpunkte des OeRK festzulegen sowie Präsidenten/Präsidentinnen und einen Zentralausschuss zu wählen, der die Arbeit des OeRK bis zur nächsten Vollversammlung begleitet.

Frankfurt Mai 2021: Oekumenischer Kirchentag

Der 3. Oekumenische Kirchentag (OeKT) findet vom 12.-16. Mai 2021 in Frankfurt am Main statt.

Veranstaltet vom Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), den gastgebenden Kirchen und der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) soll der 3. OeKT ein Zeichen für die Hoffnung in dieser Welt bedeuten“, so die Co-Präsidentin des ökumenischen Kirchentags, Bettina Limperg. "Die Welt wartet nicht auf den OeKT. Aber die Welt wartet auf Antworten zu vielen Gerechtigkeitsfragen." Ihr katholischer Kollege Thomas Sternberg fügte hinzu: "Genauer wird gefragt: Habt Ihr hierauf gemeinsame Antworten? Und wir werden von ernsthaften Menschen gefragt, aufgefordert, uns einzumischen, mitzuwirken. Man traut uns vor allem dann etwas zu, wenn Christen gemeinsam an einem Strang ziehen."

Die Herausforderung, den Einsatz für die unveräußerliche Würde des Menschen, für soziale Gerechtigkeit in Deutschland und weltweit, für Integration und Fluchtursachenbekämpfung, für Klimaschutz, für Bildung und kulturelle Vielfalt zu konkretisie-

ren, sollen das Programm des OeKT prägen.

Darüber hinaus gelte es natürlich, den Blick auf die innerchristliche Ökumene zu richten. "Die Ökumene, die sich mit Unterschieden zwischen der katholischen und den evangelischen Kirchen beschäftigt und mit der Frage, was uns trennt und was uns eint", so Limperg. "Die Fragen nach dem Amtsverständnis und der kirchlichen Tradition, des Abendmahls und der Eucharistie und nicht zuletzt der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an den Leitungsstrukturen der Kirchen."

"Der Dialog mit den Muslimen, den Juden und anderen Religionen außerhalb der drei 'Abrahamitischen' soll in Frankfurt seinen Platz haben, um auszuloten, wie Religion zum Motor der Verständigung wird und nicht zur Quelle der Intoleranz", so Sternberg. (vgl. <http://www.oekt.de>)

Von einem eigenständigen Bündnis wird ein Europäischer ökumenischer Kirchentag (European Christian Convention) für 2023 oder 2024 geplant. Der Ort ist noch offen.

Ägypten: Neue Kathedrale und neue Moschee taggleich eröffnet

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi hat am 6. Januar, dem Vorabend des koptisch-orthodoxen Christfestes, die größte Kirche und die größte Moschee des Landes in der neuen Verwaltungshauptstadt des Landes eingeweiht. Die Mitwirkung des Präsidenten wurde als eine Geste der Toleranz in dem mehrheitlich muslimischen Staat wahrgenommen. Ebenso symbolhaft war die Teilnahme des palästinensischen Präsident Mahmoud Abbas und des Generalsekretärs der Arabischen Liga, General Ahmed Aboul Gheit.

„Dies ist ein wichtiger Moment in unserer Geschichte“, so Sisi in seiner Eröffnungssprache in der neuen Kathedrale, „wir gehören zusammen und wir werden beieinander bleiben“, erklärte er mit Blick auf die christlichen und muslimischen Ägypterinnen und Ägypter. „An diesem Tag“, so fügte der koptisch-orthodoxe Papst Tawadros II. in seiner Ansprache an den Präsidenten gewandt hinzu, „haben Sie dieses Versprechen erfüllt, wir erleben eine großartige Eröffnung in diesem ganz besonderen Moment. Tawadros las später in der Nacht in Anwesenheit des Präsidenten die Mitternachtsmesse an gleichen Ort. Der neue Kirchenbau mit dem Namen Christi Geburt liegt knapp 50 km östlich der Hauptstadt Kairo und fasst etwa 8.000 Gläubige, die El Fattah El Aleem-Moschee ist doppelt so groß.

Kopten machen etwa zehn Prozent der ägyptischen Bevölkerung aus. Die Zahl der Übergriffe und tödlichen Anschläge auf koptische ChristInnen hat in den letzten Jahren zugenommen.

Pakistan: Antigewalt-Erklärung

Über 500 islamische Geistliche aus Pakistan haben eine Erklärung gegen islamischen Terrorismus, gegen Gewalt im Namen der Religion und gegen diskriminierende religiöse Edikte aus radikalen Rechtsschulen (Ulema) unterzeichnet. Die Zeremonie in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad fand im Rahmen der Seerat-e-Rehmat-ul-Alameen (SAW) Conference statt. Die Initiative gilt als ein Wendepunkt in der Geschichte der Islamischen Republik Pakistan, die zuletzt stark geprägt war durch An- und Übergriffe auf Minoritäten wie Christen, aber auch auf Gruppen, die als ‚ungläubig‘ islamische Gruppen angesehen werden wie Ahmadiya und Shia.

Die Erklärung enthält auch einen ausdrücklichen Hinweis auf Asia Bibi, eine christliche Mutter, die ursprünglich wegen angeblicher Blasphemie zum Tode verurteilt worden war. Das Urteil wurde nach Jahren des Gefängnisaufenthaltes aufgehoben. Nach wie vor verlangen aber radikale Kräfte es zu vollstrecken.

Die Erklärung besteht aus sieben Punkten, die sich nicht zuletzt mit der Frage der Religionsfreiheit auseinandersetzen. Punkt 1 verurteilt den Mord aus religiösen Motiven, er widerspreche der Lehre des Islam. Punkt 2 hält fest, dass es keinem religiösen Führer erlaubt sei, den Propheten Mohammed zu kritisieren, Punkt 3 unterstreicht, dass keine islamische Gruppe als „ungläubig“ definiert werden soll. So dürfe auch niemand, Muslim oder Nicht-Muslim, aus religiösen Gründen außerhalb eines Gerichtsverfahrens getötet werden. Alle Gläubigen, welcher Religion oder Konfession auch immer, haben das verfassungsmäßige Recht, nach den eigenen religiösen und kulturellen Regeln zu leben. Daraus folge, so Punkt 4, dass alle religiösen Gruppen das Recht hätten, sich selbst – in Abstimmung mit den lokalen Behörden – zu organisieren. Punkt 5 verlangt den Bann gegen alle Publikationen, die den religiösen Hass propagierten.

Schließlich hebt die Erklärung hervor, dass alle Nicht-Muslime, die in Pakistan leben, sich derselben Rechte erfreuen können müssten, wie alle anderen auch. Es sei die Aufgabe der pakistanischen Regierung, die Grundrechte der Minderheiten zu schützen.

Klimawandel: Jährliche Milliardenkosten

Extreme Wetterereignisse, hervorgerufen durch den Klimawandel, haben im Jahr 2018 jeden der bewohnten Kontinente auf der Erde massiv betroffen: Zahlreiche Tote, Verletzte und zu Flüchtlingen Gewordene rechnen dazu, berichtet die britische Christian Aid. Die zehn zerstörerischsten Naturkata-

strophen des Jahres verursachten jeweils Schäden von etwa einer Milliarde Euro. In einigen Fällen konnten nur die Schäden erfasst werden, die für Versicherungsfälle relevant geworden waren. Die Hurrikane Florence und Michael, die auf die USA trafen und Teile von Zentralamerika und der Karibik, verursachten allein Schäden von etwa 15 Milliarden Euro.

Dr. Kat Kramer, Leiter der Klima-Abteilung von Christian Aid, erklärte: „Klimawandel wird oft noch als ein Problem der Zukunft verstanden, das geschieht auch, weil wir die katastrophalen Folgen kennen und davor die Augen verschließen, was schon jetzt geschieht. Der Bericht zeigt, für wie viele Menschen der Klimawandel bereits heute ihr Leben beeinflusst und ihre Lebensqualität mindert. Die große Ungerechtigkeit des Klimawandels ist, dass die, die zuerst unter seinen Folgen leiden, die Ärmsten der Welt sind, die am wenigstens zu seinen Ursachen beigetragen haben.“ Der Bericht *Counting the Cost: a year of climate breakdown* kann herunter geladen werden unter <https://mediacentre.christianaid.org.uk/counting-the-cost>

Brasilien: Krieg gegen Indigene

Survival International, die weltweite Bewegung für die Rechte der indigenen Völker hat auf die Politik des neuen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro mit einer Erklärung reagiert, in der es heißt: „Die Zuweisung der Verantwortlichkeit für die Landfragen der indigenen Bevölkerung in das Agrarministerium und damit weg von FUNAI, der Agentur für die Angelegenheit der indianischen Bevölkerung, kommt einer offenen Kriegserklärung gegen die brasilianische Urbevölkerung gleich. Die neue Landwirtschaftsministerin Tereza Cristina ist seit langem eine erklärte Gegnerin der Rechte der Stammesbevölkerung am Land und tritt für die Ausdehnung der Ackerflächen auf das Land der Ureinwohner ein. Das ist eine Verletzung der Rechte, des Lebens und der Wohlfahrt von Brasiliens Erster Nation – wenn ihr Land nicht geschützt wird, droht ihnen der Völkermord, der Untergang ganzer Stämme, die noch weitgehend unberührt



Die Wege der ökumenischen Solidaritätsdelegation in Westpapua sind beschwerlich

im Urwald leben. (...) Dieser dreiste Raub des Landes der Ureinwohner ist auch ein Schritt hin zu einer ökologischen Katastrophe!“ APIB, die Association of Indigenous Peoples of Brazil, hat bereits erklärt, dass sie zusammen mit vielen anderen gegen diese neue Politik Widerstand leisten will und die eigene Regierung weltweit für die Politik anklagen werde.

Auch in anderen Teilen der Welt droht dem Schutz der indigenen Bevölkerungen Gefahr, so etwa in Papua Neu Guinea, wo private Palmölplantagen sich illegal in das Land der Ureinwohner ausbreiten und die Profitinteressen der Unternehmen Vorrang vor dem Schutz von Menschen und Umwelt genießen. (se. www.survivalinternational.org und www.actnowpng.org)

Indonesien: Solidaritätsbesuch zu Klimawandel und Gerechtigkeit

Ein Solidaritätsbesuch im Rahmen des ökumenischen Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens (und der Schöpfungsbewahrung) führte im Februar nach Indonesien. Im Anschluss daran kam die Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten des OeRK vom 24. - 28. Februar in Bali zusammen und befasste sich mit kritischen Kirchenthemen in der Region und weltweit. „Ein Wert der ökumenischen Bewegung ist darin zu sehen, dass wir jenseits unserer begrenzten Erfahrungen herausfinden können, welche Kämpfe in vielen anderen Teilen der Welt geführt werden und was Gott im Sinn hat mit diesen Herausforderungen“, sagte Pastor Frank Chikane, der Vorsitzende der Kommission, in seiner Eröffnungsrede auf der Versammlung.

Nach Auffassung von Pastorin Dr. Henriette Hutabarat-Lebang, Vorsitzende der Kirchengemeinschaft in Indonesien, dem Land der Zusammenkunft, sind die größten Probleme Indonesiens Armut, Ungerechtigkeit, Radikalisierung und ökologische Zerstörung. „Die eigentliche Ursache all dieser Probleme ist die Gier, die viele Menschen in unserer Gesellschaft an den Rand drängt. Aber Gott hat uns viele Gaben geschenkt, und es gibt genug für alle Menschen, so lange wir bereit sind zu teilen“, sagte sie.

Die Tagung ist eine Fortsetzung des OeRK-Pilgerteam-Besuchs der indonesischen Regionen Java und Papua, wo sich



Bewohner des Dorfes Kaliki in West-Papua, das von Landraub betroffen ist, verfolgen die Gespräche mit der OeRK-Delegation

eine ökumenische Delegation mit örtlichen Gemeinschaften, Kirchenleitenden, Opfern von Menschenrechtsverletzungen und Vertreter/innen kommunaler Behörden getroffen hat.

„Wir haben nur dank der Kirche überlebt“, erzählten Mitglieder der örtlichen Gemeinschaft der ökumenischen Delegation während des Besuchs in Papua. In dieser Region wird die Arbeit internationaler Organisationen oder der Medien generell weitgehend eingeschränkt. Die Situation der Gemeinschaften und Kirchen in Papua gibt seit langem auch für die Kirchengemeinschaft in Indonesien (PGI) Anlass zur Sorge.

„Viele der Menschenrechtsverletzungen sind auf einen tief verwurzelten Rassismus zurückzuführen“, sagte die stellvertretende Leiterin der Kommission, Emily Welty, während eines Treffens, das die Ergebnisse des Pilgrim Team-Besuchs bilanziert hat, und fügte hinzu, dass die Menschen in Papua oft als ‚Untermenschen‘ angesehen würden.

Auf einer Spotlight-Veranstaltung zum Thema ethnische Gerechtigkeit kamen Mitglieder der Kommission zu der Erkenntnis, dass Rassismus ein soziales Konstrukt ist und Gottes Plan leugnet. „Wenn man aber jemandem menschliche Eigenschaften abspricht, kann man ihm alles antun“, sagte Dr. Evelyn L. Parker während einer Podiumsdiskussion, die sich mit Fragen der ethnischen Gerechtigkeit in unterschiedlichen Weltregionen befasste.

Der Klimawandel wird immer mehr als eines der globalen Risiken für unsere Zukunft angesehen. Statistiken über die zunehmende Verschmutzung und die Abholzung von Wäldern, die die Fähigkeit der Natur zur Aufnahme von Kohlendioxid begrenzen, wurden auf einer Spotlight-Sitzung über Umwelt- und Wirtschaftsgerechtigkeit analysiert. „Im Jahre 2050 wird es in den Weltmeeren mehr Plastikmüll als Fische geben, und die Ozeane erwärmen sich um 40% schneller als prognostiziert“, erklärte Melisande Schifter und forderte von den Kirchen, sich für wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Klimawandel einzusetzen.

„Kirchen haben zu den Themen Gier und Selbstsucht als wichtigste Ursachen für die wirtschaftliche Ungerechtigkeit weltweit mehr zu sagen als die Ökonomen“

Statistiken überall auf der Welt zeigen, dass es in den meisten Ländern Wirtschaftswachstum gibt, aber die Steigerung von Produktion und Konsum „zeigt nicht die zunehmende Ungleichheit in der Welt“, sagte Kommissionsmitglied und Ökonom Lukasz Nazarko auf der Spotlight-Sitzung. „Die Kirchen haben ganz klar mehr zu den Themen Gier und Selbstsucht als wichtigste Ursachen für die wirtschaftliche Ungerechtigkeit weltweit zu sagen als die Wissenschaft oder die Ökonomen.“

Die 35-köpfige OeRK-Kommission der Kirchen für Internationale Angelegenheiten berät die OeRK-Leitenden zu kritischen Situationen in der Welt und weist auf Möglichkeiten hin, Initiativen für Frieden und Gerechtigkeit zu unterstützen. Die Kommission hilft dem OeRK, problematische Situationen für die Kirchen zu erkennen, und bietet Anleitung bei der Gestaltung einer in sich schlüssigen ökumenischen Antwort.

Pazifischer Inselstaat Vanuatu: Schadensausgleich verlangt

Der pazifische Inselstaat Vanuatu hat anlässlich der Weltkonferenz COP24 im polnischen Kattowitz (Katowice) dazu aufgerufen einen weltweiten Fonds zu schaffen, der für Verluste und Schäden, die durch den Klimawandel entstehen, eintreten kann. Der Außenminister Vanuatus, Ralph Regenvanu, wies in seiner Erklärung darauf hin, dass es zwar gewachsenes Bewusstsein für die Folgen des Klimawandel gebe, aber noch keinen Mut, klar die für die Schäden zahlen zu lassen, die sie auch verursachen und daran verdienen. Es sind die armen Länder, die heute den Preis entrichten müssten, den der Klimawandel fordert. Er wies darauf hin, dass sein Land 2015 bei einem tropischen Wirbelsturm fast zwei Drittel seines Bruttoinlandsproduktes verloren hat. Es prüfe deshalb rechtliche Schritte. Zugleich machte Regenvanu darauf aufmerksam, dass die sechs größten Ölunternehmen der Welt allein im Jahr 2017 etwa 120 Milliarden Euro Gewinne gemacht - und zwei Milliarden Steuern gezahlt hätten.

Nachhaltige Entwicklungsziele: Bischöfin verlangt Verminderung von Ungleichheit

„Ohne die Ungleichheit zu vermindern, wird das Verschwinden der Armut unmöglich. Ungleichheit erzeugt eine Vielzahl negativer Folgen, es führt zum Ausschluss großer Teile der Bevölkerung von den allgemeinen

Gütern und Dienstleistungen einer Gesellschaft, die sie zur Sicherung ihrer grundlegenden Rechte, ihrer Entwicklung und ihres Wohlergehens benötigen“, so die klaren Worte der norwegischen Bischöfin Ingeborg Midttømme (Diözese Møre), seit vielen Jahren eine engagierte Kämpferin für nachhaltige Entwicklung, auf einem Symposium der Vereinten Nationen in New York Anfang des Jahres 2019. Die Tagung war der Rolle der Religionen in den internationalen Beziehungen gewidmet und u.a. vom Weltkirchenrat ausgerichtet. Die Bischöfin hält das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 für leistbar, wenn die Menschheit es wirklich wolle. Sie wies darauf hin, dass im Kampf für die Erreichung dieser Ziele in allererster Linie lokale Kräfte und Ressourcen gewonnen werden müssen. Am Beispiel ihres eigenen Landes machte sie deutlich, wie zentral die Frage der sozialen Sicherheit ist verbunden mit einer progressiven Besteuerung. Deren politische Akzeptanz hänge aber wesentlich davon ab, dass die Menschen sähen, wohin und wofür ihr Geld verwendet wird. Und von besonderer Bedeutung sei, dass alles dafür getan werde, Steuerflucht und Steuervermeidung zu bekämpfen, eine Aufgabe die für einzelne Staaten allein nicht mehr zu leisten ist.

Doomsday Clock: Atomwaffen und Klimawandel bedrohen Menschheit

Mit ihrer "Weltuntergangsuhr" symbolisieren Nuklearwissenschaftler die drohende Auslöschung der Menschheit. In diesem Jahr verharren die Zeiger. Ein Zeichen der Entspannung sei dies aber nicht.

Führende Wissenschaftler sehen eine anhaltend große Gefahr dafür, dass sich die Menschheit mit Atomwaffen oder dem Klimawandel selber auslöscht. Das "Bulletin of

Atomic Scientists" ließ die "Weltuntergangsuhr" bei seiner jährlichen Pressekonferenz in Washington auf zwei Minuten vor zwölf stehen. Die Uhrzeit - mit der die Forscher symbolisch die Gefahr einer Vernichtung der Menschheit ausdrücken - blieb damit unverändert zum Stand des vergangenen Jahres. So nah an ihrer eigenen Auslöschung war die Menschheit demnach zuletzt im Jahr 1953.

Der frühere Gouverneur von Kalifornien, Jerry Brown, sagte: "Wir sind fast wie die Reisenden auf der Titanic, die den Eisberg vor sich nicht sehen, während sie die Speisen und die Musik genießen."

Die Forscher warnten: "Die Menschheit sieht sich nun zwei simultanen existenziellen Bedrohungen gegenüber" - der durch Atomwaffen und der durch den Klimawandel. Zur atomaren Bedrohung führten sie an, dass die USA den Atomdeal mit dem Iran aufgekündigt und ihren Rückzug auf einem wichtigen nuklearen Abrüstungsabkommen mit Russland angekündigt haben. Auch das "nukleare Dilemma Nordkoreas" bleibe ungelöst. Die Atomkräfte trieben zugleich die Modernisierung ihres Arsenal voran, was fast einem weltweiten Rüstungswettlauf gleichkomme. Zum Klimawandel sagten die Wissenschaftler, die Kohlendioxid-Emissionen, die sich in diesem Jahrzehnt zunächst stabilisiert zu haben schienen, hätten 2017 und 2018 wieder zugenommen. Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu stoppen, müssten die Länder der Welt diese Emissionen weit vor Ende des Jahrhunderts auf Null herunterfahren. Gemessen daran "hat die Weltgemeinschaft im vergangenen Jahr kläglich versagt".

Afrika: Mission unter Chinesen

Mehr als 10.000 chinesische Firmen sind heute auf dem afrikanischen Kontinent aktiv, etwa eine Million chinesische Arbeitskräfte gehören zu ihnen. China ist inzwischen der größte Handelspartner Afrikas. Nach Aussagen von Christopher Rhodes, Dozent am Boston University's College of General Studies, sind viele afrikanische Kirchen nun stark darum bemüht, unter diesen Menschen zu missionieren. Dies geschehe sowohl mit Hilfe von Missionaren aus Taiwan und aus anderen christlichen Kontexten, aber auch durch die Aufnahme von Mandarin in die eigenen afrikanischen Gottesdienste und durch die sozialen Dienste, die die Kirchen den chinesischen Arbeitskräften anböten. Die Freiheit zu dieser Mission ist in der Volksrepublik selbst heute noch undenkbar. Stark geprägt sind diese missionarischen Aktivitäten durch freikirchliche-pfingstlerische Elemente, die viele der Arbeiter schließlich bei ihrer Rückkehr in die Volksrepublik mitnahmen. Dort nimmt der Druck auf die Eigenständigkeit der Kirchen wieder zu, wie Human Rights Watch berichtet.



Photo © OeRK/Peter Williams

Permafrostregionen: Bodentemperatur steigt an

Die Erderwärmung hinterlässt immer deutlichere Spuren in den Permafrostregionen der Welt. Wie die neue globale Vergleichsstudie des internationalen Permafrost-Netzwerkes GTN-P jetzt zeigt, ist in allen Gebieten mit Dauerfrostboden die Temperatur des gefrorenen Untergrundes in mehr als 10 Metern Tiefe im Zeitraum von 2007 bis 2016 um durchschnittlich 0,3 Grad Celsius gestiegen – in der Arktis ebenso wie in der Antarktis und in den Hochgebirgen Europas und Zentralasiens. Besonders hoch fiel die Erwärmung in Sibirien aus. Dort erwärmte sich der gefrorene Boden um nahezu 1 Grad Celsius. Die wegweisende Studie erschien im Fachmagazin „Nature Communications“.

Rund ein Sechstel der Landflächen unseres Planeten gelten als Permafrostgebiete. Das heißt, ihr Boden ist mindestens zwei Jahre lang dauerhaft gefroren. In den meisten Regionen aber steckt die Kälte seit vielen Jahrtausenden im Erdreich, sodass der Permafrost im Extremfall bis in eine Tiefe von 1,6 Kilometer reicht. Vor allem in der Arktis nutzen Menschen den Dauerfrostboden als tragfähigen Untergrund für Häuser, Straßen, Pipelines und Flughäfen. Im Zuge der Erderwärmung aber nimmt die Standfestigkeit dieser Bauten nun ab, was enorme Schäden verursacht. Die Permafrostböden enthalten außerdem jede Menge konservierter Pflanzen- und Tierreste. Sollte dieses organische Material gemeinsam mit dem Permafrost auftauen, würden Mikroorganismen die Überreste zersetzen. Ein Prozess, bei dem so viel Kohlendioxid und Methan emittiert werden könnte, dass die globale Temperatur bis zum Jahr 2100 um weitere 0,13 bis 0,27 Grad Celsius ansteigen würde.

Temperatursprünge bis zu 1 Grad

Die deutlichste Erwärmung beobachteten die Wissenschaftler in der Arktis: „Dort ist in Gebieten mit einem Permafrostanteil von mehr als 90 Prozent die Bodentemperatur innerhalb von zehn Jahren um durchschnittlich 0,39 Grad Celsius gestiegen“, berichtet Dr. Boris Biskaborn, Mitglied der Forschungsgruppe Polare Terrestrische Umweltsysteme von der Potsdamer Forschungsstelle des Alfred-Wegener-Instituts. Im Nordosten und Nordwesten Sibiriens betrug der Temperatursprung an einzelnen Bohrlöchern sogar 0,90 Grad Celsius und mehr. Zum Vergleich: Die Lufttemperatur in den entsprechenden Regionen war im selben Zeitraum um durchschnittlich 0,61 Grad Celsius gestiegen.

„All diese Daten zeigen uns, dass sich der Permafrost nicht nur lokal und regional erwärmt, sondern weltweit und nahezu im Takt mit der Klimaerwärmung, die vor allem in der Arktis zu einer starken Erwärmung der Luft und zu größeren Schneedicken führt.

Beide Veränderungen bedingen nun die Erwärmung des bisher dauergefrorenen Untergrundes“, sagt Prof. Guido Grosse, vom Alfred-Wegener-Institut in Potsdam.

Nachhaltige Ernährung: Forscher fordern Planetendiät

In 30 Jahren werden nach Schätzungen bereits zehn Milliarden Menschen leben. Laut einer neuen Analyse könnten sie sich alle gesund ernähren und dabei Umwelt und Klima schonen. Voraussetzung: Die Ernährung stellt sich weltweit um, wie nun Forscher fordern.

Was wir essen und wie unsere Nahrung hergestellt wird, wirkt massiv aufs Klima. Vor allem vor dem Hintergrund steigender Bevölkerungszahlen werde noch zu wenig darauf Rücksicht genommen, kritisieren nun 37 Mediziner, Ökologen, Klimaforscher, Ernährungs- und Politikwissenschaftler weltweit. Um auf globaler Ebene die Gesundheit der Menschen sicherzustellen und gleichzeitig das Klima und die Umwelt zu schonen, fordern sie nicht weniger, als dass Menschen weltweit ihre Ernährungsweise ändern und die Produktion von Lebensmitteln komplett nachhaltig wird. Ihr Bericht „Food in the Anthropocene: the EAT-Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems“ wurde in „The Lancet“ vom 16.1.2019 veröffentlicht.

Produktion von Lebensmitteln innerhalb der Erdsystemgrenzen

Die Empfehlungen des Berichts kombinieren eine optimale Kalorienzufuhr innerhalb von Lebensmittelgruppen mit den Grenzen der Erdsysteme, in denen die Ernährungssysteme auf eine für Mensch und Umwelt gesunde Ernährung ausgerichtet sind.

Zu den Wissenschaftlern zählt auch Francesco Branca von der Weltgesundheitsorganisation (WHO). „Das bedeutet, wir brauchen täglich 300 Gramm Gemüse und 200 Gramm Obst und pro Woche eine Portion rotes Fleisch, eine Portion Hühnerfleisch und eine Portion Fisch“, erklärt der Mediziner das Resultat aus mehreren Untersuchungen weltweit.

Dadurch würde sich global der Konsum von Gemüse und Obst verdoppeln, ebenso wie der Verzehr von Nüssen und Hülsenfrüchten. Der Fleischverbrauch würde sich wiederum halbieren, ebenso wie jener von Zucker. Dabei ist es von Land zu Land unterschiedlich, wie viel Fleisch beispielsweise reduziert werden muss. Denn während etwa in Nordamerika sechsmal so viel Fleisch konsumiert wird wie empfohlen, essen Menschen in Südasien zu wenig Fleisch. „Wir brauchen hier einen Ausgleich. Manche müssen weniger Fleisch essen, manche mehr. Es geht dabei nicht darum, Fleisch generell zu verbieten“, so Branca.

Ernährungsempfehlungen der Forscher Die „Planetendiät“

Rotes Fleisch: 14 Gramm pro Tag
Geflügel: 29 Gramm pro Tag
Fisch: 28 Gramm pro Tag
Eier: 2 kleine Eier pro Woche
Gemüse: 300 Gramm pro Tag
Obst: 200 Gramm pro Tag
Reis, Mais, Weizen etc.: 232 Gramm pro Tag
Soja, Linsen etc.: 75 Gramm pro Tag
Nüsse: 50 Gramm pro Tag
Milchprodukte: 250 Gramm pro Tag
Zucker: 31 Gramm pro Tag

Würden sich alle Menschen nach den empfohlenen Kriterien ernähren bzw. ernähren können, würde das nicht nur die Gesundheit der Menschen weltweit positiv beeinflussen. Auch die Umwelt könnte davon profitieren. Durch die globale Ernährungsumstellung könnte ein Teil der Futtergetreidefelder wieder für Gemüse und Hülsenfrüchte verfügbar werden, und Fruchtfolgen von Getreiden und Hülsenfrüchten könnten die Böden besser mit Nährstoffen versorgen.

Soziale Ungleichheit 2018: Milliardäre reicher - Halbe Weltbevölkerung ärmer

Die Vermögen der Milliardäre sind im vergangenen Jahr um zwölf Prozent (durchschnittlich 2,5 Milliarden US-Dollar pro Tag) gestiegen, während die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung Einbußen von 11 Prozent (durchschnittlich 500 Millionen US-Dollar pro Tag) erlitten hat. Das geht aus dem Bericht „Public Good or Private Wealth“ hervor, den die Nothilfe- und Entwicklungsorganisation Oxfam veröffentlicht hat. Dem Bericht zufolge können öffentliche Angebote in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung wesentlich dazu beitragen, Armut und Ungleichheit zu verringern. Doch diese Angebote sind weltweit dramatisch unterfinanziert. Oxfam fordert deshalb Investitionen in öffentliche Bildungs- und Gesundheitsversorgung sowie eine stärkere und effektivere Besteuerung von Konzernen und Vermögenden.

Der Oxfam-Bericht „Public Good or Private Wealth“ zeigt den Zusammenhang zwischen den horrenden Vermögenszuwächsen der Reichsten und der Unterfinanzierung bei öffentlichen Angeboten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherung auf und macht deutlich, warum darunter insbesondere Frauen und Mädchen leiden:

In den zehn Jahren seit der Finanzkrise hat sich die Zahl der MilliardärInnen weltweit nahezu verdoppelt. Allein im vergangenen Jahr ist ihr Vermögen um rund 900 Milliarden US-Dollar gewachsen – das sind 2,5 Milliarden Dollar pro Tag.



Photo © OeRK/Peter Williams

Tagelöhnerinnen beim Pflanzen auf einem Reisfeld in Bangla Desh, Provinz Dinajpur

Gleichzeitig können sich immer weniger Menschen aus extremer Armut befreien: Das Tempo, in dem extreme Armut abnimmt, hat sich seit 2013 halbiert. In Teilen Afrikas steigt die extreme Armut sogar wieder an.

Soziale Ungleichheit trifft vor allem Frauen und Mädchen: Im weltweiten Durchschnitt besitzen Männer 50 Prozent mehr Vermögen als Frauen.

Regierungen weltweit haben Konzerne und Vermögende mit Steuergeschenken beglückt. In reichen Ländern sind beispielsweise zwischen 1970 und 2013 die Spitzensteuersätze auf Einkommen von durchschnittlich 62 auf 38 Prozent gefallen.

Investitionen in gebührenfreie Bildungs- und Gesundheitsangebote sind das beste Mittel gegen soziale Ungleichheit: Eine vergleichende Betrachtung von 78 Staaten zeigt, dass in neun von zehn Ländern die öffentlichen Bildungsausgaben pro Kind das Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung übersteigen – zum Teil um ein Vielfaches.

Forderungen an Bundesregierung und EU

Oxfam fordert von der Bundesregierung sowie der EU:

Investitionen in soziale Gerechtigkeit zu erhöhen. Gebührenfreie öffentliche Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherungsnetze sind unverzichtbar im Kampf gegen Ungleichheit und einer der wichtigsten Ansatzpunkte für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Um diese zu finanzieren, brauchen Staaten finanziellen Spielraum.

Damit in soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung investiert werden kann, müssen Konzerne und Superreiche ihren fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Staaten können dazu beitragen, indem sie von Superreichen ihren fairen Bei-

trag einfordern. Das sind etwa 2.000 Personen weltweit, die ein Vermögen von mehr als einer Milliarde besitzen. Mit schwarzen Listen und wirksamen Sanktionen können sie gegen Steueroasen vorgehen und so Steuervermeidung unterbinden. Zudem müssen sie Konzerne angemessen besteuern – etwa mit europa- und weltweiten Mindeststeuersätzen. Dafür braucht es Transparenz – etwa durch öffentliche länderbezogene Berichterstattung von Konzernen über erzielte Gewinne und darauf gezahlte Steuern.

Oxfams Berechnungen beruhen auf den aktuellsten verfügbaren Statistiken. Daten, die sich auf das Vermögen verschiedener Anteile der Weltbevölkerung (ärmere Hälfte, reichstes Prozent) beziehen, stammen aus dem Credit Suisse Wealth Databook (www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/publications/global-wealth-databook-2018.pdf) und zeigen die Entwicklung zwischen Juni 2017 und Juni 2018. Zahlen zu Milliardären beziehen sich auf die jährliche Forbes-Milliardärliste (<https://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static>) und bilden den Zeitraum zwischen März 2017 und März 2018 ab.

Situation in Deutschland

Die deutschen MilliardärInnen konnten ihr Vermögen im vergangenen Jahr um 20 Prozent steigern. Das reichste Prozent der Deutschen verfügt über ebenso viel Vermögen wie die 87 ärmeren Prozent der deutschen Bevölkerung. Im europäischen und internationalen Vergleich zählt Deutschland zu den Industrienationen mit der größten Vermögensungleichheit. 2017 waren 15,8 Prozent der Bevölkerung von Einkommensarmut betroffen – ein Negativrekord – und jedes fünfte Kind galt als arm. Zur Bekämpfung der Ungleichheit in Deutschland for-

dert Oxfam einen höheren Mindestlohn sowie eine stärkere Belastung von Vermögenden, Konzernen, Erbschaften und hohen Einkommen.

Oxfam stellt auch fest, dass weltweit die extreme Armut zurückgeht. So sei sie „zwischen 1990 und 2010 halbiert worden. Trotzdem hätten 2015 weltweit 736 Millionen Menschen mit weniger als 1,90 Dollar täglich auskommen müssen. Dieser Betrag wird als Definition von extremer Armut verwendet.

Regenwald: Palmölproduktion soll von Satelliten überwacht werden

Für den restlichen Regenwald und dabei insbesondere Indonesien kommt eine gute Nachricht:

Der weltgrößte Palmölhändler Wilmar International hat einen Aktionsplan zur Kartierung und Überwachung aller seiner Lieferanten veröffentlicht. Damit wäre der Palmölrise, der 40 Prozent des weltweiten Palmöls liefert, der endgültigen Beseitigung der Entwaldung aus seiner Lieferkette einen Schritt näher gekommen. Das hätte erhebliche Auswirkungen auf den Rest der Branche. Vorausgegangen waren heftige Proteste von Zivilgesellschaft und Ökumene.

Wenn Wilmar sein Vorhaben nun umsetzt, wird es bis Ende 2019 alle seine Palmöllieferanten mit Hilfe von Satelliten überwachen. Dann wird es für sie fast unmöglich, mit der Zerstörung der Wälder davonzukommen.

Die Waldvernichtung für die Rohstoffproduktion ist eine wesentliche Ursache für die einsetzende Klimakatastrophe und das Artensterben. Weltweit sind 193 Arten, die als stark gefährdet, gefährdet und anfällig eingestuft werden, durch die Palmölproduktion bedroht. Dazu treten Landgrabbing und Menschenrechtsverletzungen.

Wissenschaftler verweisen darauf, dass die globale Erwärmung nur unter einem Anstieg von 1,5°C gehalten werden kann, wenn die Entwaldung beendet und stattdessen wieder aufgeforstet wird.

Große Firmen und Händler versprochen bereits früher, ihre Lieferketten bis 2020 zu bereinigen. Sie scheiterten jedoch mangels präzisen Landkarten der Plantagen ihrer Lieferanten, die zur Überwachung der Ereignisse vor Ort benötigt werden.

Mit dem neuen Aktionsplan von Wilmar soll bis Ende 2019 die gesamte Lieferantenkette abgebildet und mit hochauflösender Satellitenüberwachung auf Entwaldung geprüft werden. Unternehmen, die beim Abholzen des Regenwaldes erwischt werden, sollen von weiteren Lieferungen ausgeschlossen werden.

Aus oekumenischen NETZEN

► Berlin

Oekumenische Versammlung in der DDR 1989 bleibt vorwärtsweisend

Die Oekumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR 1988 und 1989 war eine der ersten regionalen Versammlungen in Europa im Rahmen des Konziliaren Prozesses, der auf der Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver begonnen wurde.

Vom 26. - 30. April 1989 schloss in Dresden der dritte Abschnitt der Oekumenischen Versammlung in der damaligen DDR ab mit Vertretern von neunzehn Kirchen und gleichberechtigt von der kirchlichen Basis sowie Beratern. Der erste Abschnitt der OeV fand im Februar 1988 in Dresden und der zweite im Oktober 1988 in Magdeburg statt.

Am 30. April 1989 wurden zwölf Ergebnistexte verabschiedet, deren Ausgangspunkt eine theologische Grundlegung war, die zu einer Umkehr in den Schalom aufrief.

Diese Ergebnistexte kann man angesichts der politischen Verhältnisse in der DDR als revolutionär bezeichnen. Es gab in der DDR keine Gruppe oder Organisation, die in solcher Klarheit Kritik am politischen System in der DDR übte, wie Dr. Klaus Wazlawik als Teilnehmender und Berater der Oekumenischen Versammlung feststellt.

Neben der Systemkritik in der DDR erfolgte gleichzeitig, dieser Umstand wird in aller Regel verschwiegen, eine klare Absage an ein kapitalistisches System. Es heißt u.a. in dem entsprechenden Ergebnistext 2.1.: „Wesentliche Wurzeln und Triebkräfte der weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit liegen in dem durch kapitalistische, das heißt einseitig marktwirtschaftliche Mechanismen geprägten internationalen Wirtschafts- und Finanzsystem. Es wird bestimmt durch die Sucht nach Gewinnmaximierung und neigt dazu, Armut zu verhöhnern oder einfach zu ignorieren.“

Der Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von geschichtlichen Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ zieht als ein Fazit: „Die Oekumenischen Versammlungen ... fanden in der letzten kritischen Phase des SED-Regimes statt, bündelten die Kritik am realen Sozialismus der DDR, ohne die sozialistische Utopie grundlegend in Frage zu stellen und gewannen die ‚Funktion einer geistigen Vorbereitung der Wende‘“. (Vgl. Bundestag, Drucksache 12/7820, S. 170)

Als Schlussfolgerungen aus der OeV in der DDR können gezogen werden:

- Die neunzehn DDR-Kirchen berieten und ajierten mehr als zuvor gemeinsam im

Kontext der weltweiten Oekumene. Die Ergebnistexte wurden gemeinsam getragen

- Kirchliche Basis und verfasste Kirchen waren gleichberechtigt.

- Die Oekumene war politisch und nahm die Herausforderungen der Zeit an.

- Es erfolgte eine klare Kapitalismuskritik der DDR-Oekumene.

Die globale Situation und die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN von 2015 in der Agenda 2030 zeigen den Konziliaren Prozess auch aktuell als Richtschnur für die Zukunft.

Daran erinnert die Veranstaltung, „30 Jahre Oekumenische Versammlung in der DDR“, **Mittwoch, 27. März 2019**, 13-21 Uhr, Katholische Akademie Berlin, Hannoverstraße 5, 10115 Berlin. Dabei werden Zeitzeugen berichten, darunter Christof Ziemer, Richard Schröder und Markus Meckel.

Aus der Erinnerung an die Oekumenische Versammlung sollen weitere Perspektiven für die Oekumene und für das christliche Engagement in der Gesellschaft im 21. Jahrhundert entwickelt und diskutiert werden.

Kontakt: Geschäftsstelle der Kommunalen Oekumene, Berlin-Treptow/Köpenick, Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23, 12557 Berlin, Tel.: 030/4673 4594, oek_trep_koep@gmx.de, www.kommunale-oekumene.de

„Ein Zukunftsversprechen, das noch einzulösen ist“

Knapp 30 Jahre nach dem Ende der Oekumenischen Versammlung in der DDR haben Engagierte aus der kirchlichen Friedens- und Umweltbewegung in der ehemaligen DDR in einem Appell zu mehr Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung aufgerufen. Wesentliche Ziele von damals seien bis heute nicht erreicht, erinnert Hans Misselwitz aus Berlin. Die Kirchen müssten sich deshalb stärker gegen Aufrüstung und für die Bewahrung der Schöpfung engagieren. Die Kündigung des INF-Vertrages von 1987 über die Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa durch die USA und Russland stelle gegenwärtig alles in Frage, was bis heute durch Entspannungspolitik und kooperative Sicherheit erreicht worden ist. Mit Blick auf die Ereignisse nach dem Mauerfall „fragen sich immer mehr Menschen in den Neuen Bundesländern, ob ihre Einwanderung in den neoliberalen Kapitalismus der Bundesrepublik das Ziel dieser gewaltfreien Revolution gewesen sein kann.“ Die menschengemachten Probleme der globalen Welt - Armut, Hunger, Ausbeutung, Klimawandel, Flucht, Gewalt und Krieg - sind weiter ungelöst", heißt es weiter in dem Appell. „Wir setzen uns dafür ein, dass die drei „vorrangigen Optionen“ von 1989 - für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung - zu

Bausteinen einer sozialen, ökologischen und ethischen Transformation von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Europa und weltweit werden.“ Unterzeichnet wurde der Aufruf unter anderen von Heino Falcke, Heiko Lietz und von den drei früheren ostdeutschen Bischöfen Christoph Demke, Axel Noack und Christoph Stier.

Kontakt: Dr. Hans Misselwitz, Kavallerstraße 13, 13187 Berlin

► Bayern

Kirche des gerechten Friedens werden

Gemäß Jahreslosung 2019 gibt das Oekumenische Netz in Bayern - zusammen mit anderen Veranstaltern - in Sachen Frieden Impulse für Kirche und Gesellschaft. Ende Januar trafen sich dazu über 40 TeilnehmerInnen in Nürnberg zum Studientag "Kirche des gerechten Friedens werden - (wie) geht das?" Theodor Ziegler von der Evang. Hochschule Freiburg führte in das Konzept der badischen Landeskirche "Sicherheit neu denken" ein. Ziemlich einzigartig in Europa dürfte dieses "Szenario bis zum Jahr 2040" sein. Das aktuelle militärische Sicherheitsdenken soll sich Schritt für Schritt in zivile Sicherheitspolitik verwandeln. Ein Fazit des Tages lautete: "Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Die Volkskirche löst sich zusehends auf und es wächst eine bekennende Kirche im Kapitalismus."

Auch den Studientag des OeNB am **6. 4. 2019** in München bewegt ein heißes Thema: „Lobbyismus überwinden! Geht das? Und wenn wie?“ (Tagesprogramm unter oekumenisches-netz-bayern.de) Zur Diskussion stehen die negativen Auswirkungen des Lobbyismus der Konzerne und Banken. Referent: Uwe Ritzer, Journalist bei der SZ und Buchautor. In Arbeitsgruppen zu den Bereichen Nahrung, Rüstung und Energie wird das Thema konkretisiert mit GesprächspartnerInnen von Brot für die Welt, FIAN, Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Misereor und Mission EineWelt. Ansätze für eine gerechtere, friedlichere und umweltfreundlichere Welt werden erarbeitet. Wir überlegen, was wir tun wollen und welche Forderungen wir an Verantwortliche in Kirchen und Politik richten.

Mit dieser Veranstaltung wollen wir versuchen, Menschen aus den Gemeinden auf dieses Thema aufmerksam zu machen: Aus diesem Grund feiern wir den Abschluss des Studientages mit einem offenen politischen Abendgottesdienst.

MICHAEL KAPPUS

Kontakt: OeNB, c/o Michael Kappus, Tölzerstr. 7, 81379 München, Tel.: 089/7232742, E-Mail: kappusm@aol.com

► Rhein-Mosel-Saar

„Brot, das vom Himmel herab gekommen ist“ (Joh. 6,51)

Eine Predigtreihe im Heinrich-Haus der Josefsgesellschaft in Neuwied-Engers 2018 ist die Grundlage für eine Broschüre des Oekumenischen Netzes. Der schwindenden Bedeutung der Eucharistie im Bewusstsein der Gläubigen ebenso wie in der pastoralen Praxis wird der Versuch einer inhaltlichen Reflexion entgegengesetzt. Sie ist geprägt von einem Verständnis der Eucharistie als Feier eines „subversiven Gedächtnisses“ (J.B. Metz), das den Gang der kapitalistischen Dinge unterbricht und in Frage stellt. Dabei unterbricht sie auch die Entwicklungen hin zu ‚einer unternehmerischen Kirche‘, die sich in der Suche nach gesellschaftlicher Bedeutung den herrschenden Verhältnissen anpasst.

Die Predigten wurden an den Sonntagen (16.-21. Sonntag) des Lesejahrs B gehalten, an denen die Texte aus dem Markusevangelium durch die sog. Brot-Rede aus dem Evangelium nach Johannes (Joh. 6) ergänzt werden. Die Texte der Sonntagsevangelien werden im Zusammenhang des Lebens unter der Herrschaft des römischen Reiches interpretiert ebenso wie in ihrer Verwurzelung in Israels Traditionen der Befreiung. So wird deutlich, dass „das Brot, das vom Himmel gekommen ist“ (Joh. 6,51), eine Speise für das ‚Diesseits‘ ist, eine Stärkung für das Überschreiten geschlossener Grenzen und Systeme.

Die Frage nach dem Ganzen

Seit dem Erscheinen des Grundlagenpapiers „Das Ganze verändern“ ist die „Frage nach dem Ganzen“ für das Oekumenische Netz Programm. Mit den schier endlosen Leiden von Menschen in sozialen, ökonomischen, politischen, ökologischen und kulturellen Krisen weltweit hat sich das Oekumenische Netz immer wieder beschäftigt. Sie können nur begriffen werden, wenn sie im Zusammenhang des Ganzen der kapitalistischen Gesellschaft gesehen werden. Ohne die Erkenntnis dieses Zusammenhangs kann es auch keine Alternative geben.

In der neuen Publikation wird auf 384 Seiten die Frage nach dem Ganzen in unterschiedlichen Textformaten behandelt.

Barbara Bernhof-Bentley, Vorsitzende des ‚Netzes‘, formuliert als Anliegen des Buches: „Einer zunehmend reflexionslosen Gesellschaft von Wutbürgern, die vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Problemlagen suchen, setzt das Oekumenische Netz intensive und damit auch anstrengende, aber ebenso lustbringende Reflexion entgegen. Lust macht der Erkenntnisgewinn, wenn die vielen Phänomene im Bezug auf das Ganze der kapitalistischen Gesellschaftsformation besser begriffen werden. Konkrete Auswege ob der fatalen Weltsituation schafft dies

zunächst nicht, aber zumindest macht es eine Überwindung der unmenschlichen Verhältnisse denkbar. Praktisch kann diese aber erst werden, wenn eine globale solidarische Bewegung entstände, die nur leider aktuell noch nicht erkennbar ist.“

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar e.V., Fröbelstr. 9, 56073 Koblenz, Tel.: 02 61/89926284, info@oekumenisches-netz.de, www.oekumenisches-netz.de

► Oekumenischer Ratschlag



„Grüne Reformation und Ökologische Theologie“ - Ratschlag in Minden

Der Oekumenische Ratschlag, der von der Stiftung Oekumene mit dem Oekumenischen Netz in Deutschland und der regionalen Projektgruppe Gemeinwohlökonomie in Minden veranstaltet wurde, hat sich intensiv mit dem Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung befasst. Auf der Tagung in Minden vom 9.-10. November 2018 hat Präses i.R. Manfred Kock die 35-jährige Geschichte und ihre vielfältigen weltweiten Wirkungen beschrieben. Er stellte fest, es gebe unter denen, die sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen, viele Mitstreiter/innen, die das aus säkularer Überzeugung tun. Mit Gründen der Vernunft entwickeln sie Handlungsziele und Utopien, die hilfreich sind. Wo immer es geht, muss man mit ihnen zusammenarbeiten. Den Verantwortungsansatz des konziliaren Prozesses, die vertikale Dimension, müsste als Untermauerung der Argumente durchgehalten werden. Hier entstehende Hoffnung führe nicht nur zu zahllosen eindrucksvollen persönlichen Lebensstiländerungen, sie öffne auch die Einsicht in das, was man politisch-strukturelle Sünde nennt. Darum sei politischer Widerstand geboten gegen Strukturen, die Schöpfung missbrauchen und zerstören.

Kock unterstrich, auch die seit langem engagierten Tagungsteilnehmenden brauchen immer wieder Bestärkung, Ermutigung und Vergewisserung.

Bischöfin i. R. Bärbel Wartenberg-Potter, Heiko Lietz und Klaus Wazlawik haben als Zeitzeugen markante Meilensteine in diesem Prozess in Erinnerung gerufen.

Der Ratschlag hatte erneut die UN-Agenda 2030 mit ihren Nachhaltigkeitszielen (SDGs) auf dem Programm. Damit greift die UNO vieles von dem auf, was im Konziliaren Prozess erarbeitet wurde. Auf Initiative der Koordinatorin der Mindener Nachhaltigkeitswochen behandelten verschiedene Workshops SDG-Themen. Dabei ging es vor allem um Impulse aus Minden speziell zu SDG 6 (Wasser) und 11 (Städte).

Als Konsequenz aus der planetarischen Krise befasste sich ein weiterer Schwerpunkt der Tagung mit der Forderung nach einer „Grünen Reformation“ und einer sie begründenden „Ökologischen Theologie“. Bischöfin em. Bärbel Wartenberg-Potter hat sich erneut deutlich für ein mitfühlendes, integratives Naturverständnis und gegen den Anthropozentrismus - der Mensch als Herrscher über alles - ausgesprochen. Alles Leben und alle Wesen, die nach christlichem Verständnis von Gott gut geschaffen wurden, sei miteinander verbunden und voneinander abhängig. Diese Einsicht bereichere das eigene Leben. Das Wohlergehen der Menschen hänge vom Wohlergehen der gesamten Lebenskette ab.

Im Schlussplenum wurden Selbstverpflichtungen vorgestellt. Einige junge Menschen wollen eine andere Großgruppenpädagogik entwickeln. Eine Gruppe will um hauptamtliche Stellen zur Weiterentwicklung der SDGs aus der Sicht des Konziliaren Prozesses kämpfen. Eine andere möchte eine neue Oekumenische Versammlung zur imperialen Lebensweise und Heiligkeit der Schöpfung auf den Weg bringen.

Der nächste Oekumenische Ratschlag wird während des Kirchentags in Dortmund am 22.06.2019 stattfinden.

Weitere Informationen: www.oekumenischer-ratschlag.de

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD), c/o Geschäftsstelle der Kommunalen Oekumene, Berlin-Treptow/ Köpenick, Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23, 12557 Berlin, Tel.:030/46734594, oek_trep_koep@gmx.de



Podium beim Ratschlag in Minden mit N. Bernholt, Bischöfin i.R. B. Wartenberg-Potter, L. Springfeld und Präses i.R. M. Kock (li. n.r e.)

Oekumenische Qualifizierung der Nachhaltigkeitsziele - Planung für Dortmund

Das Oekumenische Netz in Deutschland lädt zum kommenden Ratschlag auf **Samstag, den 22. Juni** nach Dortmund ein. Während des Kirchentags soll über die „Agenda 2030 der Vereinten Nationen als Herausforderung an die Kirchen - für eine ökumenische Qualifizierung der SDG's“ beraten werden. Ein Hauptreferat hält Prof. Dr. Dietrich Werner, Berlin.

Kirchen und Religionsgemeinschaften sind wegen großer Übereinstimmungen mit den UNO-Zielen besonders herausgefordert, die Umsetzung der SDGs aktiv voranzutreiben.

Die Ratschläge setzen sich aber auch mit den Defiziten der SDGs auseinander, wie etwa den fehlenden spirituellen Grundlagen und dem Glauben, dass die planetarische Krise mittels ökonomischem Wachstum gelöst werden könnten. Inzwischen ist die Erkenntnis gewachsen, dass die in der Ökumene entwickelten Maßstäbe für eine gerechte, friedliche und nachhaltige Gesellschaftsordnung an die SDGs angelegt werden sollten. Diese Maßstäbe fordern ein leidenschaftliches Eintreten für soziale Gerechtigkeit, eine grundsätzliche Infragestellung unseres Wohlstandsmodells, eine Umkehr zur Genügsamkeit, eine Verständigung darüber, was gutes Leben ausmacht, und die Befreiung des Menschen aus ökonomischen Zwängen: Ein Gegenmodell zum Versklavtsein an das Immer-Mehr-Haben-Müssen. Mitgefühl, Freundschaft und ein Leben im Einklang mit der Natur sind wichtiger.

Für den Nachmittag sind fünf Arbeitsgruppen vorgesehen: „Die Vision einer solidarischen Gesellschaft - eine Befreiung vom Wachstumszwang“ mit Norbert Bernholt, „Eine prophetisch orientierte Sozial- und Entwicklungspolitik“ mit Werner Gebert, „Mit den SDGs die Kommunen verändern, u.a. öko-faire Beschaffung“ mit Dr. Klaus Wazlawik, „Interreligiöse Ansätze mit muslimischer Gruppe mit Peter Schönhöffer und einer muslimischen Gruppe aus Darmstadt sowie außerdem nötige weitere Schritte

Für die VertreterInnen der ökumenischen Initiativen besteht auf dem Ratschlag die Gelegenheit zu erörtern, welche Interessen und Möglichkeiten von ökumenisch orientierten Gruppen zu Kooperation es gibt, etwa im Blick auf den Oekumenischen Kirchentag im Juni 2021 in Frankfurt, die Vollversammlung des Weltkirchenrates im September 2021 in Karlsruhe oder des angehenden Europäischen ökumenischen Kirchentags 2023. Auch ob die jährliche Schöpfungszeit oder die Friedensdekade als Dekade für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung begangen werden sollen, um dem engen Zusammenhang zwischen den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden.

Das Treffen findet statt am **Samstag, 22. Juni 2019** (während des Evang. Kirchen-



Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbeahrung haben sich als merkwürdige Leitbegriffe ökumeneweit seit Jahrzehnten etabliert und umfassen die 17 Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung

tags) in Räumen der Kath. Kirchengemeinde St. Gertrudis, Rückertstr. 2, (Eingang Umlandstr.), 44147 Dortmund. Ein theaterpädagogisches Vorprogramm „Zuerst fühlen, dann diskutieren“ beginnt um 08.30h mit Isabel Erens, der Teil mit Referaten um 10:30h.

Weiteres findet sich im Internet unter www.oekumenischer-ratschlag.de

Kontakt: Oekumenisches Netz in Deutschland, Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick, Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Straße 23, 12557 Berlin, Telefon: 030 - 467 345 94, E-Mail: oek_trep_koep@gmx.de

► PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft



Die globalen Nachhaltigkeitsziele – jetzt! - Zur Perspektive der Ökonomie des Lebens und dem Beitrag der Religionen

Die vom Freundeskreis des PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft angestoßene Tagung der Evang. Akademie Bad Boll, die sich vom 12.-14. April 2019 mit der Agenda 2030 befasst, ist angekündigt mit dem Titel „Die globalen Nachhaltigkeitsziele – jetzt! Die Perspektive der Ökonomie des Lebens und der Beitrag der Religionen“. Neben Christen aus unterschiedlichen Traditionen sind Vertreter des Islam, des Buddhismus und des Hinduismus angefragt. Damit

gewinnt die Tagung gegenüber traditionellen SDG-Veranstaltungen ein einzigartiges Profil. Wenn eine interreligiöse Kooperation gelingt, sind die Erfolgsaussichten auf eine Umsetzung der UNO-Ziele erheblich größer. Sie könnte auch ein Ansporn für die hiesigen Kirchen sein, sich stärker bei der Umsetzung der UNO-Ziele zu engagieren.

Die Tagung unterscheidet sich aber auch noch in einem anderen Punkt von den üblichen SDG-Tagungen. Meist geht es ja um die nicht geringen Anforderungen, die die Agenda 2030 an uns stellt.

Hier soll es primär um die Anforderungen gehen, die aus religiösen Traditionen an die SDGs gestellt werden müssen. So kann z.B. aus christlich-ökumenischer Sicht das von der Agenda 2030 propagierte wirtschaftliche Wachstum nicht gutgeheißen und unterstützt werden. Also muss die Frage, was in Zukunft auf keinen Fall mehr wachsen darf, in die SDG-Debatte eingebracht werden. Auch die Frage, was in Zukunft wachsen soll, muss sorgfältig diskutiert werden. Vieles kommt in Frage, etwa die Zahl und die Bezahlung der Pflegekräfte, die ökologische Landwirtschaft, der Mindestlohn, die Demokratie in der Wirtschaft, die Gerechtigkeit im Welthandel, kurzum alles, was das Leben schön, lebenswert und nachhaltig macht. Aus der Sicht des Konziliaren Prozesses hat Verteilungsgerechtigkeit Vorrang vor wirtschaftlichem Wachstum.

Das Hauptreferat wird Dr. Wolfram Stierle, Grundsatzreferent im BMZE, zum Thema „Die Agenda 2030 - herausgefordert durch die Religionen“ halten. Vom OeRK kommt Philippina Athena Peralta, Leiterin des OeRK-Programms „Ökonomie für das Leben“. Sie organisierte 2016 das erste Ökumeneseminar für Leitung, Wirtschaft und

Management (GEM). Konrad Raiser wird Thesen zur Nachhaltigkeit liefern.

Programm-Flyer können über die Kontaktadresse angefordert werden.

Kontakt: Werner Gebert, Banweg 14
72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/95 98 98
Fax: 95 98 94, euw.gebert@t-online.de

► Micha-Initiative



Wertschöpfer – Gott macht keinen Müll

Für die Micha-Initiative ist im Jahr 2019 ein Höhepunkt das Vernetzungstreffen. Es findet vom 17. bis 19. Mai 2019 in Oldenburg in der Kreuzkirche statt und ist offen für alle Interessierten und Engagierten. Das Thema lautet „Wertschöpfer – Gott macht keinen Müll“ und geht der Frage nach, ob das aktuelle Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell wirklich mit dem biblischen Vorbild einer guten und gerechten Gesellschaft vereinbar ist? Was sind mögliche Alternativen zum Mantra 'Immer mehr' und dem Credo 'Hauptsache wachsen'? Das Programm ist vielfältig: Impulse und Inspiration, Besinnungszeit und Begegnungsräume, globale Blicke und lokales Handeln.

Niko Paech als Referent in Oldenburg

Als ein Hauptredner ist dieses Jahr Prof. Dr. Niko Paech geladen. Als ein erfahrener Forscher an ökologisch, sozial und global nachhaltigen Wirtschaftsformen gibt er Einblicke in seine Erkenntnisse und Ausblicke auf mögliches Handeln. Herzliche Einladung, sich auf der Internetseite anzumelden: www.micha-deutschland.de.

Micha Deutschland gründet sich als Netzwerk von Organisationen, Gemeinden und Einzelpersonen auf die Überzeugung, dass jeder Mensch, jede Gemeinde, jede Organisation und jede Gesellschaft Teil der Schöpfung Gottes ist und es unser Auftrag ist, diese Schöpfung zu bewahren und die Würde aller Geschöpfe in unserer Welt zu achten. Deshalb mobilisiert die Micha-Bewegung Menschen und Gemeinden dafür, die UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) konsequent umzusetzen.

Entstanden ist die Micha-Initiative in Deutschland 2006 als Antwort auf die Millenniumsziele der UNO. Sie wollte für die evangelikale bzw. pietistische Bewegung soziales und politisches Engagement stärken. Sie wirkt heute als Arbeitskreis der Deutschen Evangelischen Allianz. Die weltweite Micah Bewegung, als deren Teil sich Micha Deutschland sieht, möchte Christinnen und Christen für Engagement gegen extreme

Armut und für globale Gerechtigkeit begeistern und beruft sich dabei auf den Propheten Micha (vgl. Kap. 6,8).

Kontakt: Micha Deutschland e.V., Lehrter Str. 69A,
10557 Berlin, info@micha-deutschland.de, www.micha-deutschland.de

► Oekumenisches Institut für Friedenstheologie

Neugründung

Ein „Oekumenisches Institut für Friedenstheologie“ (OeFT) gründeten Mitte Januar evangelische und katholische Theologinnen und Theologen.

„Dieses Institut ist im Raum der Volkskirchen die erste Forschungseinrichtung, die sich auf friedentheologische Fragen spezialisiert“, sagte Prof. Dr. Thomas Nauerth aus Bielefeld, einer der 18 Gründer.

Sein Kollege Dr. Theodor Ziegler aus dem Elsass erläuterte: „In mehreren evangelischen Landeskirchen und in der katholischen Kirche wird derzeit verstärkt über das Thema Frieden nachgedacht. Man erkennt zunehmend, dass bei internationalen Konflikten nicht das Militär, sondern nur gewaltfreie Mittel nachhaltig zu Sicherheit und Frieden führen. Mit unserem Institut wollen wir diese friedensethischen Prozesse theologisch unterstützen und begleiten.“ Dazu sind Seminare und Veröffentlichungen geplant.

Rainer Schmid, Pfarrer aus Württemberg und diesjähriger AMOS-Preisträger der Synodalgruppe „Offene Kirche“ ergänzte: „Auch in den großen Volkskirchen wird der Widerspruch zwischen dem Glauben an Jesus Christus und einer militärischen Sicherheitspolitik immer deutlicher gesehen.“ Selbst mit dem Argument der Schutzverantwortung könne man Militäreinsätze nicht rechtfertigen.

Das Oekumenische Institut für Friedenstheologie versteht sich als Vernetzungsstelle friedentheologischer Projekte. Klassisch-theologische Grundfragen sollen in Hinsicht auf Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit neu artikuliert werden. Das Institut sucht den Austausch mit kirchlichen Gruppen, die sich für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung engagieren.

Internet: www.oekum-institut-friedenstheologie.de

Kontakt: Rainer Schmid, Ziegelstraße 25, 73431 Aalen,
Telefon: 017 06 71 27 43, E-Mail:

rainer.schmid@elkw.de

► Friedenskirchen

Stiftungsprofessur zur Theologie der Friedenskirchen an Uni Hamburg

Eine Verstärkung der Arbeitsstelle „Theologie der Friedenskirchen“ im Fachbereich Evangelische Theologie an der Universität Hamburg wurde durch die Besetzung der neu eingerichteten Stiftungsprofessur möglich. Davon werden weiterführende Impulse,

gerade im Blick auf den „gemeinsamen Weg des Gerechten Friedens“ erwartet.

Besetzt wird der Lehrstuhl durch Prof. Dr. Fernando Enns, der seine Professur in Amsterdam (mit gleichem Themenzuschnitt) auch weiterhin wahrnehmen wird (jeweils 50%). Zugleich wird eine wissenschaftliche Geschäftsführung durch Dr. Marie Anne Subklew eingerichtet.

Die Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Prof. Ursula Schröder, stellte dazu fest, dass es offensichtlich eine große Schnittmenge zwischen der Beschreibung von Versöhnungsprozessen in der Politikwissenschaft und in der Theologie gebe, so dass ein interdisziplinäres Lernen hier angezeigt sei. Versöhnung bleibe aber immer ein gefährdeter Prozess, der unter veränderten politischen Verhältnissen auch wieder brüchig werden könne. Als Beispiel nannte sie den Konflikt in Nordirland, in dem gerade die ökumenische Dimension von großer Tragweite sei.

► Pax Christi



INF Vertrag neu verhandeln - und alle Atomwaffen abschaffen

Anlässlich der Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA und Russland erklärt der pax christi-Präsident Bischof em. Heinz Josef Algermissen, Fulda:

Der Präsident der USA und daraufhin auch der Präsident Russlands haben den bisher einzigen Vertrag gekündigt, der seit 1987 zu einer wirklichen Abrüstung von landgestützten Atomraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 km und deren Vernichtung geführt hatte. Diese Aufkündigung des INF-Vertrages bricht mit einer bewährten Rüstungskontrolle. Damit setzen die Kontrahenten Trump und Putin die Welt und insbesondere Europa einem unverantwortlichen Risiko aus. Das könnte der Auftakt zur Rückkehr zum „Gleichgewicht des Schreckens“ und zu einem unkontrollierten irrsinnigen Wettrüsten sein. „Während man riesige Summen für die Herstellung tödlicher Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt“ (2. Vat. Konzil, Pastoralkonstitution, Nr. 81).

Die USA und Russland schaffen so die Möglichkeit, ungehindert neue Mittelstreckenraketen zu bauen und in Europa zu stationieren. Die Pläne dafür liegen offensichtlich schon in den Schubladen.

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft müssen verhindern, in einen neuen

Kalten Krieg hineingezogen zu werden. Ein eindeutiges Nein zur erneuten Stationierung von Mittelstreckenraketen ist jetzt notwendig. Alle Versuche müssen unternommen werden, neu zu verhandeln und auch China mit einzubeziehen.

Vor einer Generation gingen Menschen aus Angst vor einem Atomkrieg zu Tausenden auf die Straße, um die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern - auch um der folgenden Generationen willen. Jetzt ist die Angst wieder da. Ein Pfeiler der bisherigen europäischen Sicherheitsarchitektur, wie wir sie in den letzten 30 Jahren kannten, wird zerstört.

Papst Franziskus mahnt in seiner Botschaft zum 52. Weltfriedenstag am 1. Januar 2019: „Wir wissen, dass ein Machtstreben um jeden Preis zu Missbrauch und Ungerechtigkeit führt. Die Politik ist ein grundlegendes Mittel, um ein Gemeinwesen aufzubauen und das Tun des Menschen zu fördern; aber, wenn sie von den Verantwortlichen nicht als Dienst an der menschlichen Gemeinschaft verstanden wird, kann sie zu einem Instrument der Unterdrückung und Ausgrenzung, ja sogar der Zerstörung werden.“ Weiter äußert er die Überzeugung: „Gute Politik steht im Dienste des Friedens; sie achtet und fördert die grundlegenden Menschenrechte, die ebenso gegenseitige Pflichten sind, damit ein Band des Vertrauens... zwischen gegenwärtigen und kommenden Generationen geknüpft werden kann.“

Die Kündigung des INF-Vertrages bedeutet zudem einen schweren Rückschlag für den Atomwaffensperrvertrag. Dieser Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen verpflichtet seit 50 Jahren die wichtigsten Atomwaffenstaaten zu Verhandlungen über allgemeine und vollständige Abrüstung von Kernwaffen unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle. Der Atomwaffensperrvertrag steckt schon länger in einer tiefen Krise, da die in dem 1968 aufgelegten internationalen Vertrag geforderten Abrüstungsverhandlungen durch die offiziellen Atomwaffenmächte schlichtweg nicht realisiert werden. Jetzt kommt nach der einseitigen Kündigung des Atomabkommens mit dem Iran im letzten Jahr noch die Kündigung des INF-Vertrages hinzu.

So wird es Zeit, dass der von der UN-Vollversammlung 2017 verabschiedete, vom Vatikan unterstützte Atomwaffenverbotsvertrag auch von Deutschland ratifiziert wird. Er stellt unmissverständlich fest, dass der Besitz von Atomwaffen mit dem Völkerrecht nicht vereinbar ist. Er erhöht damit den rechtlichen und moralischen Druck auf die neun Atomwaffenstaaten, den Rest der Welt nicht länger in atomare Geiselhaft zu nehmen.

Wie effektiv solche Maßnahmen sein können, hat man bei der Ächtung von Streubomben sehen können. Am Ende waren es die Rüstungsfirmen, die die Produktion der international stigmatisierten Waffensysteme einstellten.

Nationale und globale Sicherheit lässt sich nicht durch Atomwaffen schaffen, sondern nur durch deren Abschaffung. Solange ein einzelner Mensch in der Lage ist, die Menschheit durch einen Knopfdruck auszulöschen, leben wir auf einem Pulverfass.

So fordere ich die verantwortlichen Politiker in Deutschland auf, wenigstens den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland zu beschließen und dem Vertrag für ein Atomwaffenverbot beizutreten. Pax Christi wird sich als katholische Friedensbewegung zugunsten der Menschen weiterhin gegen alle Gleichgültigkeit für die Durchsetzung des Verbotes und die Vernichtung der Atomwaffen einsetzen.

Heinz Josef Algermissen, Präsident von pax christi Deutschland, Bischof em. von Fulda-Berlin/ Fulda, den 6. Februar 2019

Kontakt: Pax Christi - Deutsche Sektion e.V.: Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, Tel.: 030 /2007678-0,

E-Mail sekretariat@paxchristi.de

► „Kirchen gegen Atomwaffen“

Klares Wort der EKD zur Ächtung von Atomwaffen erwartet

Die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“, der Christinnen und Christen aus mehreren evangelischen Landeskirchen sowie der katholischen Friedensbewegung Pax Christi angehören, hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) aufgefordert, sich deutlich für ein Verbot von Atomwaffen und deren Ächtung auszusprechen. „Angesichts eines drohenden nuklearen Rüstungswettlaufs nach der Aufkündigung des INF-Vertrages, aber auch der Ankündigung der Atomwaffenmächte, ihre Waffenarsenale modernisieren zu wollen, ist hier ein klares Wort der evangelischen Kirche dringend nötig“, so die Projektgruppe bei ihrer Sitzung in Frankfurt.

Eine gute Gelegenheit dafür bietet nach Ansicht der Projektgruppe die kommende EKD-Synode in Dresden, bei der Friedenthemen im Mittelpunkt der Beratungen stehen sollen. „Viele Landeskirchen haben sich bereits für ein Atomwaffenverbot, für die Aufnahme eines Atomwaffenverbots in das Grundgesetz und einen Abzug der Nuklearwaffen aus Deutschland ausgesprochen. Jetzt ist die EKD am Zuge“, so die Projektgruppe.

Die Projektgruppe ruft, wie schon im vergangenen Jahr, am 7. Juli, dem Jahrestag der Verabschiedung des Atomwaffenverbotsvertrages durch 122 Staaten, erneut zu einem Aktionstag am letzten deutschen Atomwaffenstützpunkt in Büchel in der Eifel auf. Dabei wird die frühere EKD-Ratsvorsitzende und ehemalige hannoversche Landesbischofin Margot Käßmann in der Andacht am Haupttor des dortigen Fliegerhorstes die Predigt halten.

Am 7. Juli 2018 hatten mehr als 500 Christinnen und Christen bei einem Kirchlichen Aktionstag in Büchel ein deutliches Zeichen für eine atomwaffenfreie Welt gegeben. Damals hatte der EKD-Friedensbeauftragte Renke Brahm (Bremen) die Bundesregierung nachdrücklich dazu aufgefordert, sich dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag abzuschließen und alles dafür zu tun, dass die letzten Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“ hatte sich im Dezember 2017 auf Initiative des badischen Forums Friedsethik gebildet. Ihr gehören derzeit Christinnen und Christen aus den Evangelischen Landeskirchen in Baden, Bayern, Hessen-Nassau, Kurhessen-Waldeck, der Pfalz, dem Rheinland und Württemberg an, ebenso nehmen Mitglieder der katholischen Friedensbewegung Pax Christi an den Treffen teil.

Kontakt: Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD, Endenicher Straße 41, 53115 Bonn, Tel: 0228/249 99 - 0

► KirchenVolksBewegung “Wir sind Kirche”



Die systemischen Ursachen von Missbrauch ansprechen

Die KirchenVolksBewegung “Wir sind Kirche” findet es unerlässlich, die tieferen Ursachen der sexualisierten Gewalt und die Prozesse der Vertuschung anzusprechen, die wesentlich durch das klerikale Autoritätssystem der römisch-katholischen Kirche bedingt sind. Sexualisierte Gewalt ist vor allem Missbrauch von Macht. Deshalb müssen dem Vatikan auch die Fragen nach Macht und Amt gestellt und strukturelle Probleme des „Systems Kirche“ angesprochen werden.

Der jahrzehntelange massive spirituelle wie sexuelle Missbrauch an Kindern, Jugendlichen, Seminaristen, Frauen und Ordensfrauen und deren systematische Vertuschung sind kein Teilproblem, das isoliert gelöst werden kann, sondern ergeben sich aus der gegenwärtigen hierarchischen Grundstruktur der römisch-katholischen Kirche.

Deshalb bedarf es in der jetzigen existenziellen Krise einer fundamentalen Neuausrichtung dieser Kirche, die wieder an der Reich Gottes Botschaft Jesu ausgerichtet ist.

Kontakt: Wir sind Kirche-Bundesteam, c/o Christian Weisner, Tel: 0172/5184082, presse@wir-sind-kirche.de

Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o Michael Kappus
Tölzer Str. 7, D-81379 München
www.oekumenisches-netz-bayern.de

Berlin

Oekumenisches Büro Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik
Rudower Straße 23, D-12557 Berlin
Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
klaus.wazlawik@gmx.de

INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

Bremen

Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
Dieter Lomb, Baunsbergstr. 7
D-34131 Kassel
dieter.lomb@ekkw.de

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß
Hermann de Boer
Masurenstr. 9b
D-31832 Springe

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmelsgasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32/6715-0
Fax: 0 62 32/6715-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
c/o Pfarrgemeinde St. Franziskus
Fröbelstr. 9, D-56073 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Immermannstr. 12
D-41516 Grevenbroich
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland

c/o Rita Horstmann, Deutz-Mülheimer-Str. 199, 51063 Köln,
soki.rheinland@arcor.de, www.solidarische-kirche.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Am Dom 2
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Annette Muhr-Nelson, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-72
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@freenet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

Oekumenisches Netz in Deutschland

Geschäftsstelle der kommunalen Oekumene
Treptow-Köpenick
Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Str. 23
D-12557 Berlin, Tel.: 0 30 / 46 73 45 94
koek_trep_koep@gmx.de

Einladung



zur Förderung der
Stiftung Oekumene

Unterstützen Sie die Initiativen für
Gerechtigkeit, Frieden und
Bewahrung der Schöpfung über die
gemeinnützige Stiftung Oekumene
als Plattform für vielfältige
Initiativen

Stiftung Oekumene

Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab
50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir Sie um
Ihre Postanschrift.

Möchten Sie die Zeitschrift

**OEKUMENISCHER
INFORMATIONSDIENST**

regelmäßig erhalten?
Nur 10,- Euro im Jahr!
Eine kurze Mitteilung per E-Mail
oder Post genügt.

Stiftung Oekumene,
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart,
ecunet@t-online.de

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthenner
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart
ecunet@t-online.de

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthenner, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Entwurf Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08